

„ES FEHLEN GESAMT-EUROPÄISCHE PROJEKTE“

Format Nr. 14/06, 07.04.2006

Ressort: EU-Spezial

Siemens-Generaldirektorin Brigitte Ederer über EU-Steuern, Globalisierungsfallen und den EU-Beitritt der Türkei.

Format: Sie haben vor zwölf Jahren als Europa-Staatssekretärin 66 Prozent Zustimmung zur EU erreicht. Was hat die EU seither gebracht?

Ederer: Vieles ist heute selbstverständlich: Der freie Warenverkehr ist eine Errungenschaft, die man nicht genug schätzen kann. Zweitens ist die Mobilität gestiegen: Heute ist es normal, europaweit zu arbeiten oder im Ausland zu studieren. In meiner Maturaklasse konnte das nur eine Einzige. Drittens denke ich, dass Österreich weltoffener geworden ist.

Format: Die Zustimmung zur EU sinkt trotzdem ständig. Warum ist das so?

Ederer: Einerseits ist das hausgemacht: Brüssel dient den Regierungen als Ausrede für alles Unangenehme, das sie dort selbst beschlossen haben. Andererseits hat die EU keine Lösungen für die großen Themen wie Arbeitslosigkeit.

Format: Was kann die EU denn tun, um Arbeitsplätze zu schaffen?

Ederer: Wir haben eine Nachfragerücke, die viel mit der Zurückhaltung der öffentlichen Hand zu tun hat, was auf die strengen Maastricht-Kriterien zurückgeht. Man müsste den Mut zu überregionalen Infrastrukturinvestitionen haben. Das bedeutet nicht nur, Eisenbahnen zu bauen, sondern etwa die Breitbandverkabelung von ganz Europa: Der portugiesische Bauer muss genauso wie der Waldviertler Bauer merken, dass er direkt etwas von der EU bekommt. Solche gesamteuropäischen Projekte fehlen.

Format: Woher soll das Geld kommen?

Ederer: Nicht von den Saaten. So etwas muss europäisch finanziert werden.

Format: Sind Sie für eine EU-Steuer?

Ederer: Ja, die EU braucht eigene Finanzierungsquellen. Es macht Sinn, dort anzusetzen, wo grenzüberschreitend gehandelt wird - etwa beim Kerosin im Flugverkehr oder bei

Finanztransaktionen.

Format: Sollten die strengen Maastricht-Kriterien gelockert werden?

Ederer: Man kann Deutschland fast danken, dass es den Stabilitätspakt gebrochen hat, sonst wäre die Nachfrage noch weiter zurückgegangen. Man kann diese Kriterien nicht über Bord werfen, man muss sie aber der Konjunktur anpassen und flexibler handhaben.

Format: Ein weiterer Grund für fehlende öffentliche Investitionen ist der Wettlauf nach unten bei Unternehmenssteuern. Davon profitieren Sie aber als Industrieunternehmen.

Ederer: Man muss da langfristiger denken. Wenn Staaten nicht investieren, ist das nicht in unserem Interesse.

Format: Treten Sie für eine EU-weite Mindest-KöSt ein?

Ederer: Ja. Es kann nicht sein, dass Nettozahler das Abfließen ihrer Arbeitsplätze in Nettoempfängerländer finanzieren und die noch dazu die Unternehmenssteuern auf null senken. Das ist eine skurrile Situation.

Format: Die Abwanderung von Arbeitsplätzen hat aber doch vor allem mit dem enormen Lohngefälle zu tun.

Ederer: Bei Siemens konnten wir dank des Lohngefälles sogar Arbeitsplätze in Österreich sichern: Erst die Mischkalkulation aus rumänischem Software-Programmieren und österreichischem Know-how sichert wettbewerbsfähige Produkte und Preise. Und wenn sich die Volkswirtschaften stabilisieren, wird es eine verstärkte Nachfrage geben. Man kann das mit dem Marshall-Plan vergleichen: Der Aufbau der europäischen Volkswirtschaften lag im Interesse der USA.

Format: Ist die Angst, dass Industriearbeitsplätze abwandern, unbegründet?

Ederer: Es ist ein täglicher Kampf, eine Fertigung in Österreich zu halten. Wir schaffen es dank unserer hohen Produktivität. Einfache Fertigungen werden aber in Gefahr sein, abzuwandern.

Format: Der größere Konkurrent ist allerdings Asien, nicht Osteuropa. Wird Europa ein industrielooser Kontinent?

Ederer: China wird vorerst vor allem für den eigenen Markt produzieren. Wie sich das dann insgesamt entwickelt, kann man heute nicht absehen, vor allem politisch. Europa wird sicher betroffen sein - es werden ja jetzt schon Firmen von Chinesen übernommen. Aber Japan hat auch das Rockefeller Center gekauft, und die USA sind nicht zusammengebrochen.

Format: Die Angst vor China war ein Grund für das Ziel der Lissabon-Strategie, zum wettbewerbsstärksten Wirtschaftsraum der Welt zu werden. Warum ist sie bisher gescheitert?

Ederer: Es ist eine Frage der Positionierung im globalen Spiel. Man sollte sich auf das konzentrieren, was für Europa einzigartig ist. Wir haben in Europa etwa eine alternde Gesellschaft, das ist ein riesiger Markt: Um länger zuhause zu leben, braucht es technische Lösungen, angefangen mit der Breitbandverkabelung, um Gesundheitsdaten zu überwachen.

Format: Also mehr Konzentration auf den Binnenmarkt und weniger globaler Handel?

Ederer: Ja. Man müsste sich auch anschauen, ob die Transportkosten nicht zu günstig sind. Wenn sich der Ölpreis erhöht, rechnet sich der Transport eines Kühlschranks von China nicht mehr. Dann gibt es vielleicht wieder eine Produktion im Waldviertel. Mehr Kostenwahrheit im Transport wäre sinnvoll - ich bin mir aber bewusst, dass Fernreisen, Erdbeeren im Dezember und Papayas im Supermarkt dann viel teurer werden.

Format: Ein zweiter Dumpingfaktor sind mangelnde Öko- und Sozialstandards in Asien. Sind Sie für globale Standards?

Ederer: Ja. Ein globaler Konzern ist extrem verletzlich, was Ausbeutung und Umweltverschmutzung betrifft, und kann es sich nicht leisten, "schmutzig" zu produzieren. Für eine No-Name-Firma in China ist es hingegen egal, ob sie mit Kinderarbeit produziert. Ich bin für Mindeststandards, schon im eigenen Interesse.

Format: Thema EU-Erweiterung: Sie waren schon vorher in Osteuropa. Macht es für Sie einen Unterschied, ob diese Länder beitreten?

Ederer: Ja, weil grenzenlose Prozesse erleichtert werden. Siemens ist eine Struktur in einem großen Wirtschaftsraum, allein Siemens Österreich bearbeitet einen Wirtschaftsraum größer als Deutschland. Grenzen hindern uns.

Format: Sie wollen als Siemens Österreich in Osteuropa Länder zu den bestehenden sieben übernehmen. Welche?

Ederer: Die Ukraine etwa ist ein großes Land mit riesigem Wachstum. Diese Länder wachsen mit sechs bis acht Prozent, haben eine riesige Infrastruktur-Notwendigkeit.

Format: Sollte die Ukraine also eine EU-Beitrittsperspektive bekommen?

Ederer: Man kann mit wirtschaftlicher Kooperation beginnen, aber irgendwann wollen diese Länder dann auch mitbestimmen. Dazu braucht die EU allerdings eine neue Verfassung.

Format: Wo liegen für Sie die anderen Prioritäten in der EU-Erweiterung?

Ederer: Jetzt geht es um eine echte Vertiefung der Integration. Dann ist der Balkan von perspektivischem Interesse. Der Türkei-Beitritt ist für mich heute offen, aber dieses Land hat eine bedeutende strategische Position für Europa und Asien, auch in der Frage der Islamisierung.

Format: Konzernen wie Siemens wird viel Macht in der EU zugesprochen. Bestimmen Sie die EU-Politik mit?

Ederer: Konzerne werden überschätzt - wir sind oft zu spät dran und sollten uns intensiver mit der EU-Politik befassen. In der Frage der Softwarepatente waren wir eineinhalb Jahre hinter den NGOs her. Konzerne glauben, so stark zu sein, dass sie zu spät und nicht strukturiert lobbyieren.

Format: Zur österreichischen EU-Präsidentschaft: Was wünschen Sie sich?

Ederer: Das Wichtigste für mich als Siemens-Chefin ist das EU-Budget. Daran hängen die Strukturfonds und damit für uns die Infrastrukturaufträge. Als Staatsbürgerin halte ich die Frage der EU-Verfassung für entscheidend.